

Drucken

FOCUS Magazin | Nr. 19 (2016)

DIE DEBATTE

Vom Umgang mit der AfD

Samstag, 07.05.2016, 00:00 · von [Eckhard Jesse](#)

In ihrem Kampf gegen die Rechtspopulisten lassen SPD und Grüne die Grenze zwischen linken Demokraten und Antidemokraten verschwimmen

Machen wir ein Gedankenexperiment: Teile [der CDU](#) und [der FDP](#) rufen gemeinsam mit der AfD sowie Rechtsextremisten zu Protesten gegen einen Parteitag [der Linken](#) auf. Sie würden sich ihr „überall entgegenstellen, ob auf der Straße oder in den Parlamenten“. Die Öffentlichkeit wäre hellauf empört. Wenn jedoch ein Anti-AfD-Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus - deine Stimme gegen rechte Hetze“ vollmundig erklärt, es wolle verhindern, „dass Rassistinnen und Rassisten Raum für ihre Hetze bekommen“, ist die Zustimmung groß.

Zu seinen Erstunterzeichnern gehören nicht nur die Generalsekretärin [der SPD](#), Katarina Barley, die Bundesvorsitzende [der Grünen](#), Simone Peter, und die Chefin der Linken, Katja Kipping, sondern auch die dem Verfassungsschutz hinlänglich bekannte Interventionistische Linke sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die Grenze zwischen linken Demokraten und linken Antidemokraten ist verwischt. Die Hauptinitiatorin Christine Buchholz, führender Kopf des antidemokratischen Netzwerks marx21 bei der Partei Die Linke, verlas auf einer bundesweiten Aktionskonferenz des Bündnisses Ende April 2016 die Abschlusserklärung. Innerhalb des nächsten Jahres werde angestrebt, „10 000 Stammtischkämpferinnen und Stammtischkämpfer“ auszubilden.

Im „Kampf gegen rechts“ gibt es für viele kaum Grenzen. Ein Aktionsbündnis von 45 Organisationen (neben dem erwähnten Zusammenschluss „Aufstehen gegen Rassismus“ u. a. Autonome Antifa Aalen, DKP, Die Linke, Grüne Jugend, Jungsozialisten) lehnte vor dem Parteitag der AfD eine Distanzierung „von irgendwelchen Aktionen“ ab: „Jeder Protest, der auf die Straße getragen wird, ist zulässig.“ Zu Beginn des Parteitags musste [die Polizei](#) etwa 500 Personen, die ihn zu blockieren versuchten, in Gewahrsam nehmen, nachmittags bei einem Demonstrationszug, mit dem Schwarzen Block an der Spitze, Kotbeuteln ausweichen. Später publizierte eine linksextremistische Internetseite die Namen der Parteitagsteilnehmer mit Adressen und Telefonnummern. Führende Repräsentanten der Bundestagsparteien haben das Grundsatzprogramm der AfD gescholten, allerdings allenfalls halbherzig gegen diese illegalen Praktiken protestiert. Demgegenüber fiel kürzlich Bodo Ramelow's Verurteilung einer geplanten Antifa-Kundgebung vor dem Privathaus des AfD-Hard-liners Björn Höcke als „Nazi-Methode“ souverän aus.

Die AfD, keine 1-Themen-Partei, will sich als Anti-Establishment-Bewegung etablieren: durch Berufung auf „das Volk“. Sie möchte - bei allen Meinungsverschiedenheiten - ein „anderes Deutschland“. Dieses ist ein „früheres Deutschland“: vor „68“: mehr Sicherungsverwahrung bei Kriminellen, keine Gender-Forschung, kein Atomausstieg, starke EU-Skepsis, kein Geschwindigkeitslimit auf Autobahnen, herkömmliches Familienbild. Der unterschiedlich interpretierbare Reizsatz „Der [Islam](#) gehört nicht zu Deutschland“ spricht für einen antiislamischen Affekt, ist freilich nicht per se extremistisch, zumal die Partei Religionsfreiheit bejaht.

Die hiesige Schieflage im Umgang mit politischen Randpositionen ist seit Langem augenfällig. Äquidistanz tut not. Wer strikte Abgrenzung nach „rechts“ fordert, aber eine Ausgrenzung von „links“ ablehnt, argumentiert inkonsequent. Die Linke steht dem demokratischen Verfassungsstaat nicht näher als [die AfD](#).

© FOCUS Online 1996-2016

Drucken

Fotocredits:

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.